

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Barcha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchsshain, Groß- und Kleinsteinsberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Throna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf **Wochenschrift** 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 80 Pfg., auswärts 75 Pfg., wöchentlich 1.20. Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. **Annahme der Anzeigen** bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — **Alle Anzeigen-Vermittlungen** nehmen Aufsätze entgegen. — **Bestellungen** werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 50

Freitag, den 29. April 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Arbeiterzählung.

Am 2. Mai findet eine Zählung der gewerblichen Arbeiter statt. Die hierfür zu verwendenden Vordrucke werden den Betriebsunternehmern rechtzeitig durch die Ortsbehörden zugeföhrt. Die Betriebsunternehmer haben die Vordrucke unter genauer Beachtung der darauf befindlichen Erläuterungen auszufüllen und alsdann bis zum 5. Mai an die Ortsbehörde abzugeben.

Grimma, 23. April 1921.

337 E.

Die Amtshauptmannschaft.

Freitag, den 29. April 1921, vormittag 11 Uhr sollen im Gasthaus „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungsort

2 Klubjessel

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 27. April 1921.

Q 200/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Einß und jetzt.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:

Im Reichstage erhoben sich lebhaftest Klagen. Man empfindet eine Zurücksetzung des Reichstages, des Trägers der Volkssouveränität, in dem Verhalten der Regierung während der letzten schweren Tage. Selbst das Reichstags-Auswärtiger Ausschuss, der eigens für vertrauliche Aussprachen mit den leitenden Ministern geschaffen wurde, ist nicht bemüht worden mit Mitarbeit bei den neuen deutschen Verhandlungsvorschlägen mit samt den Noten an Harding. Von einem Tag auf den andern müssen die wohl vorbereiteten Angriffsbereitschaften verschoben werden, und die Regierung muß es sich gefallen lassen, von ganz links und von ganz rechts unentschuldigbarer Mißachtung der Versöhnung geziehen zu werden. Sie hält still — in dem Bewußtsein, nichts als ihre Pflicht zu tun, und um dem letzten Möglichkeit eines Erfolges willen auch die schlimmsten Vorwürfe ruhig hinnehmen zu müssen. Ein Opfer also ihres Pflichtgefühls — wie sie es aussieht.

Wenn man sich diesen Zustand überdenkt, so muß man doch wohl zu dem Ergebnis kommen, daß hier wieder einmal die Dinge, die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Seit der Revolution haben wir schon die verschiedenartigsten Regierungen in Deutschland gehabt, revolutionäre, ganz- und halbsozialistische und bürgerliche, und keine von ihnen hat mit der sogenannten Geheimdiplomatie brechen können. Nicht aus Lust am Rätselspiel, nicht aus Überheblichkeit gegenüber den Volksmassen oder Parteien; aber an diplomatischen Verhandlungen pflegen doch nun einmal mehr als zwei Interessenten beteiligt zu sein, pflegen gegensätzliche Tendenzen mitzuwirken, die es auszusprechen, abzuschwächen oder auszunutzen gilt, da jede Regierung doch schließlich den Auftrag hat, das Wohl ihres eigenen Landes mit allen zulässigen Mitteln zu fördern. Dann muß sie aber, bis zu einem bestimmten Punkte wenigstens, unter dem Schutze des Geheimnisses operieren dürfen, weil sie sich sonst ohne weiteres ihren weniger offeneren Verhandlungsgegnern ausliefern würde.

Daran wird sich, solange wir noch nicht das Paradies auf Erden haben, schwerlich etwas ändern. Ob wir eine monarchische oder eine republikanische Verfassung haben, nach dem konstitutionellen oder dem parlamentarischen System regiert werden, der Wille unserer Machthaber wird immer durch Zufälle bestimmt, über die sie keine Gewalt haben und mit denen sie sich abfinden müssen, wenn anders überhaupt vernünftig gearbeitet werden soll. Sie — aber auch ihre Kritiker. Die Herren Heubach und Dr. Simons stehen gewiß auf keiner Seite in dem Verdacht monarchischer Herrschaftsgelüste; sie wurzeln im parlamentarischen System und werden die letzten sein, die zum mindesten den Regierungsparteien jede schuldige Rücksicht verweigern könnten. Wenn sie trotzdem in diesen Tagen ihren Mund nicht einmal zu vertraulichen Mitteilungen öffnen wollten, so waren sie entweder durch bindende Abmachungen mit auswärtigen Staatsmännern dazu gezwungen, oder sie waren durch böse Erfahrungen gewarnt; kann auch sein, daß sogar beide Gründe zusammengekommen haben, um ihre unbedingte Ablehnung auch den sonst verufensten Volksvertretern gegenüber zu rechtfertigen. Das soll nicht heißen, daß sie die Kritik nicht an sich herantommen lassen wollen — aber alles zu seiner Zeit. In dem Augenblick, wo es handelt um die Männer an der Spitze der Reichsleitung, zumal wenn die Männer an der Spitze der Reichsleitung aus dem Vertrauen der Volksvertretung hervorgegangen sind. Was wäre dieses Vertrauen wohl wert, wenn seine Träger sich zu jedem Einzelschritt, den sie tun wollen, erst die Erlaubnis ihrer Auftraggeber einholen müßten! Erst nachher kann und darf kritisiert, kann das Abkommen, das die Regierung herbeigeföhrt hat, zerrissen, können die verantwortlichen Männer vom Parlament in die Wüste geschickt werden. Anders läßt sich aus vortägige Politik überhaupt nicht führen.

Das deutsche Volk ist nicht für den Parlamentarismus erzogen worden und muß nun langsam lernen, sich seiner und seiner Einrichtungen so zu bedienen, daß daraus für das Vaterland mehr Nutzen als Schaden geschieht. Die Parteien und die Führer, die jetzt als seine Träger und Vorkämpfer unter uns tätig sind, haben einst fast dauernd in der Opposition gestanden und unterliegen deshalb naturgemäß der Versuchung, in frühere Kampfergebnisse zurückzufallen, ohne sich Rechenschaft davon abzugeben, ob sie heute unter den gänzlich veränderten Verhältnissen recht daran tun, an ihnen festzuhalten oder wieder zu ihnen zurückzukehren. In dieser Beziehung bestehen zwischen einst und jetzt so grundlegende Unterschiede, daß man nicht ungefragt über sie hinweggehen kann.

Die Note an Amerika.

200 Milliarden Goldmark.

Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. M. folgende Note übergeben worden: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat durch ihr Memorandum vom 22. April in dankenswerter Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen unlosbar gemacht ist. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen das Äußerste anzubieten, was nach ihrer Überzeugung die deutsche Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung ausführen vermag. Sie lautet folgendermaßen:

Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen.

Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen.

Hier liegt der Kernpunkt des deutschen Angebotes, das durch den weiteren Inhalt der Note ergänzt wird.

Eine internationale Anleihe.

Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren:

Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf, deren Höhe, Zinssatz und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihr weitestgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden kann. Der Ertrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich.

Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem Zwecke variabel zu gestalten. Im Falle der Besserung, für die ein Indizeschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegelend und Bitterhaft gemildert wird. Deutschland erbietet sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dörfer und Flecken selbst zu übernehmen oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. (Während es hierüber in der deutschen Wiederaufbaumnote an die Reparationskommission gesagt.)

Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

Die erste Goldmilliarde.

Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Weissen, b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb drei Monaten in Weissen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Einzu-

ziehung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geldgebern in einer näher zu vereinbarenden Weise aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

Sofortige Einstellung der Sanktionen.

Zum Schluß besagt die deutsche Note: „Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken, auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.“

Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu ersehen. Sowohl die angebotenen Summen wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über deren Beurteilung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen genehme Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, deren gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Änderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Welt von einer schleunigen, gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängt, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit der Alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken.“

Endergebnis der Tiroler Abstimmung

98,6 Prozent für Deutschland.

Nachdem das Resultat aus allen Bezirken bekannt geworden war, ließ sich feststellen, daß für den Anschluß an Deutschland 98,6 Prozent der abgegebenen Stimmen waren. Der glänzende ruhige Verlauf der Volksabstimmung wird von der gesamten Wiener Presse gewürdigt. Das imposante Ergebnis für den Anschluß werde nach allgemeiner Auffassung starken Eindruck auch im feindlichen Auslande machen.



An die Landesversammlung in Innsbruck hat der Präsident des Deutschen Reichstages, Loebe, folgendes Telegramm gerichtet: Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Volksabstimmung sendet der Deutsche Reichstag der Landesversammlung in Tirol brüderlichen Gruß und die Versicherung des herzlichsten Gemeinschaftsgefühls. Der Gedanke der Volksgemeinschaft findet in unseren Herzen lebhaftesten Widerhall.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das abgeänderte Christenverzeichniß.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf über die vorläufige Aufstellung des Christenverzeichnisses. Die endgültige Regelung hat sich noch immer nicht ermöglichen lassen. Nachdem die erste vorläufige Regelung vom Dezember vorigen Jahres, wonach nur Orte mit über 10 000 Einwohnern teilweise höher eingestuft wurden, zu großen Unstimmigkeiten und berechtigten Beschwerden der Beamten geführt hat, hat sich die Regierung entschlossen zu einer nochmaligen vorläufigen Regelung. Es wird aber in der Vorlage ausdrücklich bestimmt,